

## Risserie im Hohen Westerwald

### **BWV-Präsident Marco Weber fordert konsequentes Wolfsmanagement: Bundesjagdgesetz ändern – schnelle Entnahmen reißender Wölfe ermöglichen!**

**Koblenz.** In einem Schreiben an Umweltministerin Katrin Eder und Landwirtschaftsministerin Daniela Schmitt hat sich der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau (BWV), Marco Weber, für ein stringentes Wolfsmanagement starkgemacht. Angesichts dramatischer Angriffsserien im Hohen Westerwald – über 50 Nutztiere wurden über den Jahreswechsel hinweg getötet – unterstützt er die geplante Änderung des Bundesjagdgesetzes und fordert die Landespolitik zur konsequenten Unterstützung auf.

Im Hohen Westerwald gab es seit der Woche vor Weihnachten sechs mutmaßliche Wolfsüberfälle, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in den unmittelbar angrenzenden Bundesländern NRW (Wiederstein) und Hessen (Heisterberg). Auch wenn die wissenschaftliche Bestätigung noch aussteht, redet Marco Weber Klartext: „Der Wolf ist mehr denn je in unserem Bundesland angekommen“, schreibt der Präsident. Besonders die Risserie im Hohen Westerwald seit 20.12.2025 halte Tierhalter und Bevölkerung in Atem. „In Anbetracht dieser Häufung [...] wäre es ein Zeichen Ihrer beiden Häuser gewesen, vor Ort Flagge zu zeigen.“

Präsident Weber begrüßt die Initiative des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMLEH): „Den Wolf aus dem Bundesnaturschutzgesetz herausnehmen und im Bundesjagdgesetz die Voraussetzungen für Wolfsmanagement schaffen, um unbürokratisch handeln zu können, unterstützt der BWV ausdrücklich.“ Er schreibt an die beiden zuständigen Ministerinnen: „Ich fordere Sie ausdrücklich auf, dieses Gesetzgebungsvorhaben mit allen [...] Mitteln zu unterstützen.“ Hierbei solle es auch keine Schlupflöcher für länderspezifische Ausnahmen geben. Ziel müsse es sein, mit oder ohne einen Wolfsmanagementplan, legale Entnahmen von Problemwölfen zu ermöglichen. Die Weidetierhaltung sei „unverzichtbar für den Erhalt der Kulturlandschaft“ und müsse dringend geschützt werden.

Weber bietet raschen Austausch an: Sowohl der Bauern- und Winzerverband als auch die Interessengemeinschaft der Jagdgenossenschaften (IGJG) seien jederzeit gesprächsbereit, um die Ministerien bei den anstehenden Verhandlungen auf Bundesebene zu unterstützen. „Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder beim Wolfsmanagement ist unabdingbar,“ findet der BWV-Präsident. „Landwirte warnen seit Jahren vor der prekären Situation für Tierhalter, vor allem im Westerwald“, kritisiert Weber. Auch Rheinland-Pfalz müsse umgehend handeln, sobald die Änderungen im Bundesjagdgesetz beschlossen seien. Die notwendigen Maßnahmen müssten schnell umgesetzt werden.